

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KREISTAGSFRAKTION
KURT-SCHUMACHER-ALLEE 1 45657 RECKLINGHAUSEN

Herrn Landrat Bodo Klimpel
Im Hause



Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Kreistag Recklinghausen
Kurt-Schumacher-Allee 1
45657 Recklinghausen
Tel.: 0 23 61 - 53 30 75
Fax: 0 23 61 - 53 32 75
E-Mail: RUENE@Kreis-Recklinghausen.de

Recklinghausen, den 02.03.2023

Anfrage zur Vorlage 2023/031 TOP 23 der Sitzung des Kreistags am 06.03.2023

Sehr geehrter Herr Landrat Klimpel,

zur Vorlage 2023/031 stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Anfrage.

Vorbemerkung:

Die Kreisverwaltung betreibt seit vielen Jahren eine Modernisierung ihres Gebäudeensembles mit dem Ziel, diese zukunftsfähig und klimafreundlicher zu gestalten. Zu nennen sind neben den Berufskollegs insbesondere die begonnene Kernsanierung des nicht mehr zeitgemäßen Kreishauses. Dieses Vorgehen haben wir stets begrüßt und positiv begleitet.

Nun bittet die Kreisverwaltung um einen Beschluss zur Durchführung von Planungen für eine Kreisleitstelle, ein Straßenverkehrsamt und ein Studieninstitut. Als Kosten hierfür werden über zwei Millionen Euro angegeben.

Grundsätzlich sind für uns die Überlegungen hinsichtlich des Erhalts von leistungsfähigen Dienststellen positiv aufgenommen worden. Es stellen sich jedoch mehrere Fragen, ohne deren Beantwortung eine Einschätzung zum Sachverhalt aus unserer Sicht nicht möglich ist.

Global lassen sich diese wie folgt kategorisieren:

1. Kapazität der Verwaltung

Die Kreisverwaltung verfügt über kein eigenes Hochbauamt, mit Projektsteuerern wurden bereits Erfahrungen gesammelt. Bereits jetzt ist die Verwaltung mit den Planungen zu Sanierungen von Berufskollegs und des Kreishauses stark eingebunden. In den letzten Monaten konnte beobachtet werden, dass z.B. bei den Vorbereitungen zur Kreishaussanierung Fehler in der Kommunikation (Bäume) gemacht wurden. Bei paralleler Abarbeitung von drei weiteren Großprojekten dürfte das Risiko steigen.

2. Baukosten

Bei den begonnenen Bauprojekten wurden erhebliche Kostensteigerungen beobachtet. Diese bergen ein hohes Risiko für den Kreis und die (re)finanzierenden kreisangehörigen Städte. Da der Markt sehr volatil ist, kann eine valide Einschätzung über reale Baukosten nicht erfolgen.

3. Zinsrisiko

Auch der Zinsmarkt ist in Bewegung. Es ist zu befürchten, dass die Kosten für Fremdkapital

weiter steigen, was zu einer weiteren Kostensteigerung führt. Dies gilt zumindest für den fremdfinanzierten Teilbereich. Auch dies kann zu weiteren Belastungen für die Städte führen.

4. **New Work und Digitalisierung**

Insbesondere im Bereich des Zulassungswesens sind zahlreiche Geschäftsprozesse im öffentlichen Bereich digitalisiert worden. Darüber hinaus ist in der Lehre das „hybride Lernen“ längst etabliert und auch Arbeitnehmende arbeiten zumeist „hybrid“. Die sich hieraus ergebenden Effekte sind bisher in der Kreisverwaltung nicht untersucht worden bzw. wurden in die vorliegenden Unterlagen nicht dargelegt.

Insgesamt ist für die Grüne Kreistagsfraktion in allen drei Fällen die Begründung für den konkreten Raumbedarf in der Vorlage nur unzureichend. Das Gleiche gilt für die Frage möglicher Alternativen (etwa räumlicher Art oder durch Anmietung) sowie der Möglichkeit der zeitlichen Streckung aufgrund einer Priorisierung.

Unter Berücksichtigung dieser Vorüberlegungen fragen wir daher:

I: Zur Kreisleitstelle

1: Können benötigte Erweiterungsflächen (für Maßnahmen des Kreises oder auch der Stadt) auch auf Nachbargrundstücken, etwa auf einem Teil der vorhandene Parkflächen des Kreishauses, gefunden werden?

2: Laut Vorlage könnten Erweiterungsmaßnahmen der Kreisleitstelle nach den Planungen der Stadt frühestens 2026 (also in drei Jahren) beginnen.

Welche Erweiterungsmöglichkeiten würden sich im Jahr 2026 ergeben?

Welche fachlichen oder juristischen Gründe sprächen gegen einen Baubeginn 2026?

3: Laut Presse ist ein neuer Standort in Marl vorgesehen.

Welche Gründe sprechen für eine Verlagerung nach Marl? Wurden/Werden weitere Standortalternativen geprüft?

4: Die Zahl der Beschäftigten ist, im Vergleich zur Eröffnung der jetzigen Kreisleitstelle im Jahr 2002, um 67% gestiegen, der Raumbedarf soll aber um 170% ansteigen (dazu ein weiterer Bedarf für eine Fahrzeughalle).

Wie erklärt sich die Differenz dieser Zahlen (bitte mit Vorlage der entsprechenden Untersuchungen)?

5: Vorgesehen ist es, die bisherige Kreisleitstelle als Redundanzleitstelle weiter zu nutzen.

Verlangt die Anforderung des § 28 des Brandschutz-, Hilfeleistungs- und Katastrophenschutzgesetzes NRW wirklich eine solche aufwendige Lösung? Gibt es Alternativen (etwa Aufschaltung zu den einzelnen Wachen)?

Die angeführte gesetzliche Regelung gilt seit dem 17.12.2015. Wie wurde die Erfordernis bislang (in sieben Jahren) umgesetzt? Wie wird dieses in den benachbarten Kreisen und Städten umgesetzt?

6: Gefordert wird eine Fahrzeughalle mit Stellplätzen für Großfahrzeugen.

Welche Erfahrungen wurden mit den bisherigen Lösungen gemacht?

Der Flächenbedarf ist offenbar noch nicht in den geforderten 3.250 m² Nutzfläche enthalten.

Welcher Bedarf entsteht hier zusätzlich?

II: Zum Straßenverkehrsamt

1: Die Digitalisierung hat beim Straßenverkehrsamt Recklinghausen noch keine großen Auswirkungen erreicht. Dieses ist möglicherweise damit erklärbar, dass der Kreis entsprechende Möglichkeiten erst relativ spät eingeführt hat.

Im welchen Umfang nutzen die Kund*innen des Straßenverkehrsamtes die Möglichkeiten der digitalen Behörde?

Welche Zunahme der Nutzung wird innerhalb der nächsten 5 Jahre erwartet?

Welche Werte werden in anderen Straßenverkehrsämtern erreicht?

Wie hoch ist der Raumbedarf bei der Berücksichtigung von Homeoffice-Arbeitsplätzen? Welche Szenarien werden dafür zugrunde gelegt?

Welche Auswirkungen sind bei weitergehender Digitalisierung in 5 Jahren zu erwarten?

2: Der Presse zufolge hat sich der Kreis Recklinghausen zugunsten eines neuen Standortes in Marl entschieden.

Welche alternativen Standorte und Konzepte wurden geprüft und welche Ergebnisse erbrachte dies?

III: Zum Studieninstitut Emscher-Lippe

1: Standort

Aus welchen Städten kommen die Studierenden des Studieninstituts?

Wurden Standorte außerhalb Dorstens geprüft (auch Gladbeck befindet sich im Schnittpunkt des Kreises Recklinghausen mit Bottrop und Gelsenkirchen)?

2: Onlineunterricht

Der zusätzliche Raumbedarf wird auch mit der Absicht begründet, den Onlineunterricht zu reduzieren. Könnte die womöglich verstärkte Nutzung des Onlineunterrichts auch als Chance für das Institut gesehen werden (siehe Fernuniversität Hagen)?

Welcher Flächenmehrbedarf ergibt sich aus der angestrebten Reduzierung des Onlineunterrichts?

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Bert Wagener

Fraktionsvorsitzender Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN